



Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes

Ar. 1 / 41. Jahrgang

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis drei Viertel-Jahre 30 Pf

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Brückenstraße 10b
Fernsprecher: Moritzplatz 2120

Bestellung bei allen Postämtern. Wiltshire Postent

Berlin, 7. Januar 1927

Ein Ausblick ins neue Jahr!

Das Jahr 1926 haben wir Abschied genommen, es ist gewesenes und gehört bereits der Vergangenheit an. Was ist ein Jahr im Strom der Zeiten? Mögen die Bewohner dieser Erde sich auch zu einem Teil recht wichtig dünken, so sind sie doch nur ein Bestandteil, ein Atom im ganzen, mögen sie es auch noch so gut verstehen, viel Wesens von sich zu machen. Freilich, die an der Oberfläche in der Sonne stehen, sehen nicht, wie es unten geht, die in den Tiefen haften und immer wieder zu Boden gedrückt werden, so oft sie auch Versuche anstellen nach oben zu gelangen.

In dieser Hinsicht ist das Jahr 1926 lehrreich genug. In allen Kulturländern wurden Hunderttausende, ja Millionen Menschen aus dem Produktionsprozeß verdrängt, der Armen, oder Erwerbslosenfürsorge überantwortet, was einer langsam aber sicheren Verelendung gleichkommt. Diese Erwerbslosen haben an einem Jahre, wie es 1926 war, allerdings Übergangsernährung und Beihilfen erhalten. Sie brauchen keine Bilanz zu ziehen, denn an Subsistenz ist nichts vorhanden. Es lohnt sich kaum die alten Wunden aufzureißen, und dennoch müssen wir daraus die Erkenntnis schöpfen, daß Mittel und Wege gesucht und gefunden werden müssen, die es ermöglichen die bedrückten Arbeitskräfte wieder nutzbar zu machen. Im Augenblick hat es zwar den Anschein, als ob die technische Entwicklung genau entgegengesetzte Richtung einschlägt, wenn wir die Rationalisierungsbestrebungen beobachten. Was in dieser Hinsicht im Jahre 1926 geistelt wurde, geschah ausschließlich auf Kosten und zum Schaden der Arbeiter. Man hat seitens der Unternehmer jede Rücksichtnahme auf die Arbeiterklasse vernachlässigt.

Arbeiterentsatzungen und Überstundenentnahmen werden für das Jahr 1926 ein ganz besonderes Merkmal bilden, denn sie haben dazu beigetragen, die allgemeine Depressions- und Wirtschaftsunruhmung zu verstärken. Neben den Entlassungen greift man auch noch zu dem Mittel des Lohnkürzungs- und zu Arbeitsentlohnungen andererseits. Alle Hinweise auf die Tatsache, daß ein Welt, dessen Kaufkraft auf den Nullpunkt herabgedrückt wird, nicht konsumfähig sein kann, sind fruchtlos geblieben. Eine Selbstverpflichtung, über die man in America nicht mehr diskutiert, weil sie allgemein anerkannt ist.

So stehen wir am Anfang des Jahres 1927 noch immer vor der Aufgabe, dem deutschen Unternehmertum die Erkenntnis beibringen zu müssen, daß die Nationalisierung in der Produktion nicht nur den Wirtschaftsinteressen dienen darf, sondern der Gesamtwirtschaft. Dazu kann nur angemessene Lohnherabsetzung führen, die geeignet ist, die Kaufkraft der Volksmassen zu stärken.

Wir wollen dabei keineswegs außer acht lassen, daß in solchen Zeiten wirtschaftlicher Umwälzungen vieles zueinanderbezieht. Es mag sein, daß bei den Unternehmern zunächst die Sucht, recht viel Worten zu erzeugen, die Frage der Anlagemöglichkeit etwas in den Hintergrund gedrängt hat. Auch mag man sich vielfach große Hoffnungen gemacht haben auf die Wiedereberzeugung der Auslandsmärkte. Diese Hoffnung wurde ja gendert durch Abschlüß von Handelsverträgen und nachfolgende Ausfuhrziffern. In diesem Zusammenhang muß man auch an die gewaltigen Konzentrationsanstrengungen erinnern, die der deutsche mit dem internationalen Kapitalismus abgeschlossen hat. In erster Linie die Metall- und Montanindustrie, die nicht ohne Einfluß geblieben sind auf die allgemeine Politik, denn die regierenden Staatsmänner, darüber muß man sich klar sein, geben diesen wirtschaftlichen Geschehnissen erst noch außen hin das Gepräge. Dieses zeigt sich in der außenpolitischen Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich und den lauten Friedensbetreibungen von allen Seiten. In diesem Felde spricht man sogar von der Einführung eines besonderen Friedensgesetzes, der den Friedensbestrebungen gewidmet sein soll.

Wir haben bereits den Weltfrieden am 1. Mai jeden Jahres, an dem nicht nur für den Jahrsrückblick, sondern überhaupt für eine Vertiefung der Arbeitszeit auf eine Woche trifft, die dem Wirtschaftsbedarf entspricht, demonstriert wird. Und ganz besonders für den Weltfrieden haben wir uns am 1. Mai eines jeden Jahres ein, seit 1889 in Paris der Weltfrieden eingeleitet wurde. Wenn die kapitalistischen Mächte erst durch die Wunden des Weltkrieges gezwungen werden mußten, dem Friedensgedanken endlich Konzessionen zu machen, so sollten sie sich auch endlich dazu bequemen und anerkennen, daß die internationale Arbeiterklasse den rechten Weg längst beschritten hat und reifste Unterstützung verdient.

Wer freilich das Wesen des Privatkapitalismus richtig kennt, kann das jegliche Gebaren nicht ohne weiteres als vollkommen anständig bewerten. Es erscheint dann eben auch nur als Mittel zum Zweck, Geschäfte zu machen. In dieser Hinsicht begehen sich freilich unsere Interessen mit denen der Unternehmer, weil auch die Arbeiterklasse am Wohlbefinden der Wirtschaft interessiert ist.

Die Folgen der Politik, die in der zweiten Hälfte des Jahres 1926 betrieben wurde, werden sich nun allerdings erst im Laufe des Jahres 1927 auswirken. Das gilt politisch wie wirtschaftlich. Es ist nicht zu leugnen, wenn sich alle Erwartungen erfüllen, die an die politischen Vereinbarungen und Beleuerungen, Handelsverträgen usw. geknüpft werden, wenn die technische Umstellung der Produktion sich wie erwartet auswirkt, müßte tatsächlich das Jahr 1927 ein Jahr des wirtschaftlichen Aufschwunges für uns alle werden.

Wenn wir aus dem Aufgeführten nun auch ein günstiges Bild gewinnen können, so muß trotzdem berücksichtigt werden, wie tief wir augenblicklich wirtschaftlich stehen und wie viel dazu gehört, diesen gewaltigen Produktionsapparat wieder reiflos flott zu machen.

und kämpfen auch im neuen Jahr für bessere Lebensbedingungen, für eine Existenz, wie sie den neuzeitlichen Kulturverhältnissen entspricht.

Wir wollen leben, leben aber heißt kämpfen! Deshalb rühren wir uns und lassen uns nicht unterliegen, mögen unsere Gegner unternehmen was sie wollen. Wir wollen uns aufs neue geloben, treu und fest zusammenzuhalten, was auch kommen mag. Auch das Jahr 1927 mit seinen Mühen und Beschwerden soll uns gerüstet finden, die Kämpfe, die uns erwarten, erfolgreich zu bestehen. Deshalb tritt hinein in den Kampf! Auf zu neuer Arbeit und zu neuen Erfolgen!

Zum neuen Jahre!

Wenn wir ein neues Jahr beginnen
Und grüßen seinen ersten Tag,
Dann wünschen wir uns Glück und Frieden,
Was uns sein Kreislauf bringen mag.

Das Horoskop der armen Leute
Ist jedes Jahr auf „Krebs“ gestellt.
Wir bleiben ein Objekt der Deute,
Wenn uns kein Ziel zusammenhält.

Wir werden nicht die Sorgen meistern,
Wenn unser Loos sich nicht beschwingt,
Wenn wir uns nicht zur Tat begeistern,
Die einst uns die Befreiung bringt.

Wir bleiben Nullen im Geschehen,
Das unaufhaltsam vorwärts rollt,
Wenn wir nicht zueinandersehen,
Wenn ein Gewitter uns umgrollt.

Wir werden mit den Nöten ringen
Und immer Aschenbrödel sein,
Wenn wir dem Kampf nicht Opfer bringen,
Um uns von Drangsal zu befreien.

Wenn eifern wir zusammenhalten
In jeder Stunde und in jeder Zeit,
Wird froh auch unser Loos gestalten
Das rätselreiche neue Jahr!

Dickor Kainowski

So muß denn trotz mancher günstigen Anzeichen und Aussichten, die Lage nach wie vor als höchst unsicher bezeichnet werden, denn selbst im günstigsten Falle wird noch geraume Zeit vergehen, bis sich alles bemerkbar macht und durchsetzt. Dabei ist immer noch Voraussetzung, daß keine neuen Zwischenfälle eintreten und die Geschäfte beeinflussen.

Neben diesen Erwägungen können wir uns aber nicht verhehlen, daß die Lage der innerpolitischen Zustände in Deutschland überaus trübe und dunkel ist. Es braucht nicht wiederholt zu werden, was uns in den letzten Monaten über Reichsmehr und reaktionäre Umtriebe bekannt wurde. Das alles sollte uns immer gegenwärtig sein und zur Mahnung dienen, damit wir auf der Hut bleiben. Die sachliche Welt, die schon seit Jahren die Länder heunährt, kann leicht wieder aufsteigen und auch in Deutschland neues Unheil anrichten. Auch ist die Frage der Regierungsbildung völlig ungeklärt und auch die Aussichten, eine Regierung, die wirliches Vertrauen verdient, bilden zu können, sind sehr unsicher. Da müssen wir erneut an alle unsere Begünstigten appellieren und sie daran erinnern, daß wir im neuen Jahr um so mehr Ursache haben zusammenzutreten. Wir müssen alles daran setzen, unsere Organisation zu festigen und auszubilden, damit wir größer und zu ertragen und abzugeben, was auch über uns kommen mag. Schulter an Schulter laßt uns ringen

Welche Aussichten bestehen für die deutsche Automobilindustrie?

Die neuzeitliche Kräftekonzentration und die Typisierung und Rationalisierung hat auch in der Automobilindustrie der Arbeiterklasse seinen Segen gebracht. Die Betriebe haben den größten Teil ihrer Arbeitskräfte entlassen und die Produktionsbedingungen sehen keine Möglichkeit, in absehbarer Zeit wieder Arbeitslosigkeit in den Betrieben zu finden. Erst vor wenigen Tagen hat sich die Handelspreise mit dem Kursrückgang der Daimler-Aktie eingebend beschleunigt. Der Sturz des Kurzes ging von 118 auf 74 Proz. zurück. Er stieg dann allerdings wieder bis auf 82 Proz. Schebera notierte am 21. Dezember 73 bis 73,50 Proz.

Bekanntlich ist Daimler mit Benz seit Anfang des Jahres 1926 fusioniert, nachdem schon vorher eine mehrjährige Interessengemeinschaft bestanden hatte. Nach der Fusion sind die Werke erweitert und mit neuen amerikanischen Maschinen ausgestattet worden. Gekletter standen in beliebiger Höhe zur Verfügung, da die Banken sehr entgegenkommend waren, denn man rechnete nicht mit einem solchen Rückschlag, wie er plötzlich die gesamte deutsche Automobilindustrie heimgesucht hat. Nun wird besonders den Daimler-Benz-Betrieben der Vorwurf gemacht, sie hätten sich nicht beizeiten zum neuen Fabrikationsystem umgestellt wie Opel-Horch-Brennabor. Dadurch kamen sie ins Hintertreffen. Nach kritischen Betrachtungen im „Berliner Tageblatt“ scheint man nur durch geschickte Buchungen die Verschlechterung der Bilanz verdeckt zu haben. Auch die Verkäufe (wie das Mercedes-Benz in Berlin „Unter den Linden“) werden als unglückliches Zeichen gedeutet für die Lage des Unternehmens. Auch Herr Schapiro soll hypothetische Umsatzziffern angegeben haben, mit welchen sich zu demselben nicht lohnt. Interessant ist die Angabe, daß Daimler-Benz 37,5 Millionen Mark laufende Verpflichtungen haben. Davon bei Banken 26 Millionen, Steuerhöhen 2,5 Millionen, Warenschulden 7 Millionen und nur 1,8 Millionen Anzahlungen. Zur Automobilgeschäft wird bekanntlich auf Abzahlung im großen Umfange getauft. Es gibt vier große Finanzierungsbanken mit 100 Millionen Leihkapital auf 120 Millionen Kapazität und darauf nur 2 Millionen Anzahlungen. Daraus wird der Schluss gezogen, daß die Daimler-Benz-Gesellschaft sich noch im Anfangsstadium der Umstellung befindet und daß ihr Geschäftsgang zurzeit sehr schlecht sein muß. Daimler-Benz haben bisher nur zwei Wagentypen in Serien herausgebracht, eine zu 150, die andere von 200 Wagen, die zusammen einen Materialwert von 5 bis 6 Millionen Mark haben. Bis die Firma eine Großserienproduktion erreicht, kann noch ein Jahr vergehen. Vor allem sind aber dazu neue Gehälte erforderlich, und um diese zu beschaffen, ist beschleunigt eine beträchtliche Kapitalerhöhung vorzunehmen. Es wird dann weiter auf andere Bestrebungen hingewiesen, Kapital zu beschaffen und den großen Einfluß, den Herr Schapiro mit 35 Proz. Aktienbesitz auf die Gesellschaft Daimler-Benz besitzt, der bereits die kürzlich fusionierten Schebera-Werke beherrscht, ferner die Reichsautofahrer Verbände, die Eisenwerke und Dirmerte, die sehr beschmolgen werden sollen.

Auch bei den Hausanworten soll Schapiro großen Einfluß besitzen und ebenfalls in den Zubringerindustrien. Es verlaute weiter, daß in den letzten Wochen wieder größere Posten Daimler-Aktien in den Besitz des Herrn Schapiro gelangt sind, so daß sein Einfluß auf den Gang der Dinge kein geringer sein kann.

Warum wir diese Vorkänge hier kurz schildern, dürfte wohl verstanden werden. Es kann der Arbeiterklasse nicht gleichgültig sein, welcher Subhandel mit den Betrieben und ihren Belegschaften die Arbeiter und Angestellten getrieben wird. Denn man sieht, wie die Herren Unternehmer wirtschaften, wenn überhaupt man sich über ihr Vorgehen bei Arbeiterfragen gegenüber nicht mehr. Wir denken zum über die Arbeiter der Direktoren und sonstigen höheren Beamten der Automobilindustrie keine näheren Angaben, das ist uns anheim, daß sie nicht geringer, sondern eher höher sind als in anderen Industrien.

ATL H R

Nach der „Holzindustrie“ Nr. 274 suchen die Unternehmer nur bei Arbeitern und unteren Angestellten den Lohn abzubauen...

1913

1320 Direktoren
3085 Aufsichtsräte

1926

1828 Direktoren
5567 Aufsichtsräte

Weiter wurde berichtet, daß der Verwaltungsapparat ganz allgemein in unverantwortlicher Weise aufgebüht worden ist...

Nach Schimmer ist der geldliche Aufwands für diese Direktoren. In einem Betriebe in Augsburg bezog ein Direktor 60 000 Mkt. Gehalt...

Eine schädlige Zigarettenfabrik hatte Stilllegung beantragt, um einige tausend Arbeiter und Angestellte brotlos zu machen...

Kann bei solchen Zuständen eine Wirtschaft gesund und gedeihen? Das ist doch unumgänglich! Wir haben schon über den Fall Wilmanns-Erlangen berichtet...

Bereichert auch auf Kosten der Kerne des Volkes. Welcher Lohn auf das Christentum und das fromme Gebaren dieser Heuchler?...

Wir können deshalb kaum hoffen, daß in absehbarer Zeit die Stößen der Automobilschraube, die man aus den Betrieben entlassen hat, wieder eingestellt werden...

Es läßt sich in dieser Situation auch sicherlich keine Hoffnung auf Besserung erwecken und kein anderer Rat erteilen als der, sich darauf einzurichten.

Aus der Spezialbranche für Klub- und Ledermöbel.

Die Ledermöbelherstellung, die im Anfang übermäßig qualitätsreich war, erlitt mit der Zeit ein allg. großes Quantitätsausmaß und bildete sich infolge der starken Nachfrage...

Bekanntnis.

Dies ist das Große, was die neue Lehre verkündet:

daß sie den Menschen hinstellt als Arbeiter auf Erden, so auch den Arbeiter hinstellt als Menschen auf Erden, was er bis heute nie gewesen war;

daß sie den Menschen hinstellt in den Weltraum und auf Erden; die Arbeit hinter ihm, die Gleichheit unter ihm, die Liebe zu seiner Einsen, die Gerechtigkeit zu seiner Rechten, die Wahrheit vor ihm und die Freiheit über ihm; aber die Schönheit in ihm!

Ceopold Jacobi.

1927.

Jahr vergeht auf Jahr, Jahrzehnt auf Jahrzehnt; Jahrhundert auf Jahrhundert, alles immer gleichmäßig gleich, in immer derselben zahlenmäßigen Folge...

überhaupt konstruktive Durchbildung geeigneter Situationsmöglichkeiten war die Folge.

Das Ledermöbel, das ursprünglich für das Klub- oder Herrenzimmer bestimmt war, fand später im Wohnzimmer, Schlafzimmer und zuletzt in allen möglichen Räumen Verwendung...

Die natürliche Reaktion mußte sich gegen den Lederbezug einmischen. Neben der Farbenbelegung, die der Stoff dem Leder gegenüber als Vorzug hat...

Offentlich spricht man in aller Tonart: „Der Qualitätsverlust kann uns retten.“ Aber die nächste Praxis beweist recht oft, daß die sogenannte Nacharbeit mehr als zureichend aus wasserhaltig hergestellten Holzbohlen besteht...

In den fünf genannten Orten wurden 1925 34 Betriebe mit 313 Gesamtbeschäftigten gezählt. Diese hatten im Dezember 1926 nur noch 166 Beschäftigte...

Denn wir müssen sie einteilen, um Maße zu haben, nach denen wir unser kleines, kurzes Erdendasein richten. Ohne die Maße wäre das Zusammensein für uns Menschen undenkbar...

Jahr auf Jahr, in immer der gleichen Folge, doch so verschieden an Inhalt und in der Bedeutung für uns. Da gibt es Jahre, die bedeutungslos sind, Jahre im Gleichmaß auch inhaltlich...

Jahr auf Jahr, in immer der gleichen Folge, doch so verschieden an Inhalt und in der Bedeutung für uns. Da gibt es Jahre, die bedeutungslos sind, Jahre im Gleichmaß auch inhaltlich...

Darum ist Neujahr nur ein Punkt im äußerlichen Dahinfließen der Zeit. Ist es für dich auch inhaltlich ein Wendepunkt?...

Da, aus den wirtschaftlichen Zusammenhängen des Lebens heraus erfüllt sich dein Glück. Und dieses Glück hängt nicht ab von der Zeit und von der Sonne, die den Lauf des Jahres bestimmt...

Wollen wir nicht gegen die organisatorische Kraft deiner Gegner. Der Verband ist die Macht, die das Leben

In den beiden letztgenannten Orten entstanden außer dem neuen Firmen, folgende Orte haben oder hatten bisher neuerrichtete Betriebe der Ledermöbelherstellung...

Außerdem gibt es in einzelnen Orten noch Betriebe, die zu erwähnen kaum noch lohnt. Auch einige große Polsterbetriebe, die neben den sonstigen Polstermöbeln noch einige Ledermöbelbetriebe beschäftigen...

Wie schon betont, waren bei der Erhebung dieser Betriebe und Firmen, außer den neu hinzu kommenden, auch diesmal berücksichtigt worden. Im Jahre 1925 wurde fast um dieselbe Zeit in den genannten und in Betracht kommenden Orten 96 Betriebe mit 1055 Gesamtbeschäftigten gezählt...

Der Rückgang der Ledermöbelherstellung und das Vorherrschende des Stoffbezuges oder des kombinierten Bezuges Stoff und Leder wird durch die näheren Angaben illustriert. Erst die Hälfte aller mit der Spezialherstellung Beschäftigten verarbeitet heute Stoff oder Stoff mit Leder als Bezug...

Ungefähr hat sich die Spezialherstellung der Ledermöbel auch im vergangenen Jahre weiter auf einzelne Orte und Betriebe konzentriert. Es wäre aber verfrüht, darüber ein Urteil abzugeben...

Arbeitsnachweisverwaltung, wie sie nicht sein soll.

Wenn je eine Zeit geeignet sein konnte, die Notwendigkeit einer planmäßigen und einheitlichen Arbeitsvermittlung nachzuweisen, so ist es die heutige. Es kam kein Zweifel bei uns, daß nur auf diesem Wege eine wirkliche volkswirtschaftlich und sozial vernünftige „Arbeitsmarktspolitik“ getroffen werden kann...

gestaltet und es zwingt zu deinem Glück. Wo es nur geht, da gibt es kein Neujahr. Da gibt es keine gleichmäßigen Zeitsläufe. Da wird das Leben gepakt, wo es und wann es zu pachten ist...

So ist das Leben, das sich da jenseits der eingeteilten Zeit vollzieht. Es geht auf und ab und doch in der Tendenz und im letzten Effekte aufwärts. In Perioden aufwärts. Rückwärts. Wie alles. Von einem Augenblick zum nächsten...

Aber sie schlägt nur, wenn Massen, wenn organisierte Massen sie schaffen. Ohne lebendige Massen ist die Zeit auch inhaltlich nichts als ein Einseitiges.

Wenn darum Neujahr neben der äußerlichen Bedeutung für die Einteilung des Lebens zugleich ein Kraftpunkt im wachsenden Inhalt der Zeit, dann nur dadurch, daß Massen an diesem äußerlichen Wendepunkte auch zum bewußten Gestalten einfließen...

Initiative tätig werden innerhalb der Wirtschaft, müssen sie planmäßigen Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage an sich heranziehen. Für den Gedanken der öffentlichen und unparteilichen Arbeitsvermittlung, den zu verwirklichen sie geschehen sind, müssen sie sich verbündet einsehen.

Ob die Eingliederung der Arbeitsnachweise in die kommunale Verwaltung, wie sie das heutige Arbeitsnachweisgesetz vorsehen hat, dieser Aufgabe dienlich ist, wird von vielen Seiten und nicht zuletzt von Seiten der Arbeiterdial und der Gewerkschaften bezweifelt. Statt des behördlichen Charakters mit allen den Gefahren einer Verbureaukratisierung der gesamten Geschäftsführung, die damit verbunden sind, fordern die Gewerkschaften schon lange die Herbeiführung einer wirtschaftlichen Selbstverwaltung der Arbeitsnachweise frei von den Bindungen der Kommunalverwaltung. Soll die wirtschaftliche Selbstverwaltung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Aufgabe der Arbeitsvermittlung übernehmen. Kann doch das beschränkte Mitwirkungsrecht der heute bei den Arbeitsnachweisen bestehenden Verwaltungsausschüsse wahrhaft nicht als Selbstverwaltung angesehen werden.

Demgegenüber betonen die Gemeindeführer immer wieder die Notwendigkeit einer stärkeren Vertiefung des Arbeitsnachweises mit der Gemeindeverwaltung und Versuchen gleichzeitig den Nachweis zu führen, daß die Gemeindeführung im besonderen Maße geeignet sei, die Aufgabe der Arbeitsvermittlung zu erfüllen. Die Praxis lehrt anderes. Wohl sind in einer Reihe größerer Städte gut funktionierende Arbeitsnachweise, die von sachkundiger Hand geleitet werden, zu registrieren. In den kleineren Städten, vor allen Dingen in den Landkreisen dagegen, sehen die Dinge wahrhaftig anders aus. Nicht nur, daß die dortigen Vorläufer der Arbeitsnachweise, in vielen Fällen die Landräte, aus eigener Initiative nicht daran denken, für den Ausbau und die Erweiterung des Arbeitsgebietes ihres Arbeitsnachweises etwas zu tun, widerlegen sie sich im Gegenteil noch den Anträgen, die von Seiten der Regierung und der Landesarbeitsämter bisweilen gegeben werden. Ein typisches Beispiel für diese Handlungslosigkeit sieht ein Schreiben des Landrats Dr. Swart in Landsberg a. d. W., das zu einer Verlegung des Regierungspräsidenten, die sich auf die Umstellung und Verbesserung der Arbeitsvermittlung bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen bezog, Stellung nimmt.

Wir geben die wichtigsten Stellen aus dem Verband der Landkreise des Regierungsbezirkes Frankfurt a. d. O. in Züchtigen gerichteten Schreibens wieder: „Gegen die Durchführung der Verordnung sprechen m. E. folgende Bedenken:

1. Die Einrichtung der Arbeitsnachweise und die Erledigung der von Arbeitsnachweisen gefällig obliegenden Aufgaben ist eine Angelegenheit der kommunalen Selbstverwaltung. Es bedeutet daher einen unzulässigen Eingriff in diese, wenn der Herr Regierungspräsident, wie es in der Verfügung geschieht, den kommunalen Verbänden aufgibt, eine bestimmte Tätigkeit auszuführen und zu diesem Zwecke besondere Kräfte hauptsächlich anzustellen.

2. Am übrigen verweist sowohl der Herr Landesdirektor wie der Regierungspräsident den Umfang der nach dem Arbeitsnachweisgesetz zu leistenden Aufgaben, Arbeitsnachweise sind zu dem Zwecke errichtet worden, um arbeitslosen Personen die Gewinnung von Arbeitsmöglichkeit zu erleichtern. Offenbar ging der Gesetzgeber von der Ueberzeugung aus, daß die zur Zeit des Erlasses des Gesetzes bestehenden privaten Stellenvermittler der Aufgabe nicht gewachsen waren, das infolge der Nachkriegs- und Revolutionsercheinungen anwachsende Heer der Arbeitslosen wieder einer geordneten Tätigkeit auszuführen. Keineswegs oder kann es schon jetzt Aufgabe der Arbeitsnachweise sein, der privaten Stellenvermittlung Konkurrenz zu machen und nach Art eines kaufmännischen Unternehmens „Werber“ in die einzelnen Bezirke hinauszuschicken und für die amtlichen Arbeitsnachweise die Bekanntheit zu rühren. Eine derartige Auffassung enthält meines Erachtens eine Ueberbeanspruchung des dem Gesetze innewohnenden Grundgebaltens.“

Diese Ausführungen sprechen für sich. Sie harmonisieren nicht mit den Versicherungen der Städte und Landkreise, daß von ihrer Seite alles zur Förderung der Arbeitsvermittlung geschehe. Zudem lehren die Mitteilungen aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands, daß der Herr Landrat Dr. Swart nicht der einzige Arbeitsnachweisvorsitzende ist, der die der Arbeitsvermittlung durch die heutigen Zeitverhältnisse gestellten umfangreichen Aufgaben nicht im enttätigten begriffen hat.

Die älteren Ausführungen werden begründet mit der Behauptung, daß es dem brandenburgischen Landesarbeitsamt nicht gelungen sei, die vom öffentlichen Arbeitsnachweis in Landsberg angeforderten landwirtschaftlichen Arbeitskräfte zu stellen. Es hätte sich also erwiesen, daß die Arbeitsämter gar nicht in der Lage seien, alle offenen Arbeitsstellen zu besetzen. Es braucht nicht erörtert zu werden ob und wieviel vortagebende Behauptung zutrifft oder nicht. Daß das Arbeitsangebot die Arbeitsnachfrage heute überwiegt, ist ein offenes Geheimnis. Es kann also gar keinem Zweifel unterliegen, daß wenn Arbeitsnachfrage und Arbeitsangebot tatsächlich reiflos von den öffentlichen Arbeitsnachweisen und den Landesarbeitsämtern erfüllt werden, sehr Nachfolge nach Arbeit abendlich werden kann. Freilich ist es nicht zuletzt dem gegenläufigen Wirken von Seiten und der Auffassung des Landrates Swarts zu verdanken, daß der Arbeitsnachweis noch nicht das selbstverständliche Bedürfnis genießt und daher der Arbeitsvermittlung auch noch nicht in dem Maße dienlich gemacht ist, wie es notwendig scheint. Außerdem darf nicht überlesen werden, daß der Arbeitsnachweis bei seiner Vermittlung die Bindungen der angebotenen Arbeitsstellen zu prüfen hat und daß er sich nicht zum Instrument des Lohnbruchs und sonstiger Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen hergeben darf. Nach dieser Richtung hin wird er allerdings niemals eine Konkurrenz mit den Arbeitsnachweisen aufnehmen können, die dem Landrat Swart offenbar mehr am Herzen liegen als derjenige, der seiner eigenen Obhut anvertraut ist.

Wie sieht es in England aus?

In der „Deutschen Eisenbahnerzeitung“ schildert der Sekretär Lodge die derzeitigen englischen Zustände wie folgt:

Die Verhältnisse in England werden blühartig beleuchtet durch die Tatsache, daß am 30. September dieses Jahres 2.396.000 Männer, Frauen und Kinder Armenunterstützung (Poor Law relief) erhielten, gleichbedeutend mit 616 auf je 10.000 der Gesamtbevölkerung oder immer je einer von 16. Der höchste Stand war am 14. August mit 2.490.000 Personen erreicht. Dieser ungewöhnlich hohe Stand ist auf den Bergarbeiterkrisis mit zurückzuführen. Tausende von Bergarbeitern sind noch außer Arbeit, erlangen auch wohl kaum Beschäftigung im Bergbau wieder, da die Zahl der Beschäftigten zu hoch war und es außerdem längere Zeit dauern wird, bis der Bergbaubetrieb wieder voll im Gange sein kann. Inzwischen will die Regierung eine Abänderung des Poor Law vornehmen, indem sie die Verpflichtung zur Unterstützung auf die Gemeindeführer und Provinzialbehörden abwälzen möchte, während die organisierte Arbeiterklasse der Ansicht ist, daß der Staat verpflichtet sei, die Opfer von Wirtschaftskrisen aus staatlichen Mitteln zu unterstützen. Nicht nur viele Bergarbeiter sind noch arbeitslos, sondern es sitzen auch viele wegen Streikvergehen schon längere Zeit im Gefängnis, die vergeblich darauf warten, daß sie

Abänderung des Trades Union Act (Gewerkschaftsgesetz) gemacht werden, dahingehend, daß der Generalfreist als ungesetzlich erklärt wird, ebenso das Massenstreikpostensuchen und das Postensuchen vor den Häusern von Streikbrechern. Ebenso ist von der Federation of British Industries (Industriellen) ein Angriff auf die Factories Bill (Fabrikgesetz) unternommen worden, der nicht anderes bezweckt, als die Durchlöcherung der Arbeitszeit. So häufen sich die Schwierigkeiten für die Labour Party und Trades Union, so daß sie alle Kräfte werden mobilisieren müssen, um das Ärgste von der organisierten Arbeiterschaft abzuwenden.

Rückerstattung der im Jahre 1926 zuvielbezahlten Lohnsteuer.

Das Reichsfinanzministerium gibt durch einen Kundenerlaß IIIc 9750 vom 30. November 1926 den Landesfinanzämtern Anweisung über das Verfahren, das bei Erledigung von Anträgen auf Lohnsteuererstattungen für das Kalenderjahr 1926 von den Steuerbehörden und auch von den Antragstellern beachtet werden muß. In einer angefügten Verordnung sind die Kaufbeträge für Erstattung der Lohnsteuer neu festgesetzt. Alle Arbeitnehmer, die durch teilweise Arbeitslosigkeit, Krankheit, Auspöperung, Streik, Kurzarbeit, Verbüßung einer Freiheitsstrafe einen Verdienstaussfall hatten und infolgedessen das durch Lohnabkommen verfürte Jahreseinkommen in Wirklichkeit nicht erreichten, also zuviel Steuern gezahlt haben, haben einen Rechtsanspruch auf Rückzahlung dieser zuviel geleisteten Lohnsteuer. Dasselbe gilt für Lohn- und Gehaltsempfänger, deren Jahreseinkommen 8000 M. im Jahre 1926 nicht übersteigt, deren Leistungsfähigkeit aber durch besondere wirtschaftliche Verhältnisse wesentlich beeinträchtigt worden ist, wie zum Beispiel im Falle außerordentlicher Belastung durch Unterhalt oder Erziehung der Kinder, mittellose Angehörige, Krankheit, Körperverletzung, Verhinderung, Unglücksfälle (siehe § 56 des EStG.) soweit diese besondere Lage nicht bereits durch Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages beim Steuerabzug berücksichtigt ist. Zurückerstattet wird niemals mehr, als im Kalenderjahr 1926 an Lohnsteuer einbezahlt ist. Für jede volle Woche Verdienstaussfall sind Kaufbeträge gemäß der nachstehenden Tabelle B zurückzugeben, wenn die in der Tabelle A festgesetzten Jahresfreibeträge bei Berechnung der Lohnsteuer durch den Arbeitgeber nicht voll berücksichtigt oder durch Lohnausfall der Jahresfreibetrag nicht erreicht worden ist.



Table with 4 columns: Anzahl der Kinder, Jahresfreibeträge für Arbeitnehmer, Anzahl der Kinder, für jede volle Woche Verdienstaussfall zu erhaltende Arbeitsnachweiskaufbeträge. Includes sub-tables A and B.

durch eine allgemeine Amnestie daraus befreit werden. Hervorragende Arbeiterführer bemühen sich mit allen Kräften darum. Viele arbeitslose Bergarbeiter erhalten von der Organisation keine Unterstützung, und die Not ist groß. Es fehlt hauptsächlich an Essen, Kleidung, Unterwäsche und Lebensmitteln. Das Frauenkomitee unter Führung von Dr. Marlon Phillips braucht wöchentlich 160.000 M. Bisher sammelte dieses 5.800.000 M. Diese Summe wurde zur Kleidung und Pflege bedürftiger Frauen und Kinder verwendet. Die freiwilligen Sammlungen für den Bergarbeiterfonds reichen zur Unterstützung nicht aus, doch erwartet man von der Ausschreibung von Extrabeträgen, die vom Trades Union Kongress beschlossen wurde, größere Einnahmen. Leider sieht es mit der Finanzkraft der Trades Union nicht besonders gut aus. So lag der Sekretär der General Federation of Trades Unions, W. A. Appleton, der nur ein Teil der Trades Union angehört, in seinem Äußerlichkeitsbericht, daß die D. B. der Voluntary Workers Society (Kesselschmiede) nicht instande sei, ihre Beiträge zu zahlen, da sie ihren Bankrott bereits um 3.640.000 M. überschritten habe. Andere Organisationen könnten nicht bezahlen, weil ihre Ausgaben für Unterstützungen so hoch seien, daß für andere Zwecke nichts übrig bliebe. Freilich, wenn man erfährt, daß es am Ende 1925 1144 Trades Union gab mit 5.522.000 Mitgliedern, wovon allerdings der größte Prozentsatz auf etwa 60 größere Verbände entfiel, so ist begreiflich, was jetzt J. L. Brownlie, Vorsitzender der Amalgamated Engineering Union (Machinenbauer) auf einer Konferenz in Ebingburg sagte, wo sich 40 Trades Union mit Arbeitsverhältnissen beschäftigten, die eine große Organisation ebenso gut hätte lösen können: „Es gibt zu viele Trades Union und zu wenig Mitglieder!“ Wohl haben die Trades Union seit 1920 um 218 abgenommen und die Mitgliederzahl um 2.815.000, denn sie betragen damals 1922 resp. 8.557.000, aber trotzdem ist der Anspruch von Brownlie berechtigt. Die Mitgliederzahl wird noch weiter sinken, denn anscheinend rücken Regierung und Kapitalisten im Bunde mit der Zustimmung zu einem Angriff auf die Gewerkschaften, denn ihr Sprecher, der Generalstaatsanwalt Sir Douglas Hoag, erklärte in Oxford, daß der Generalstreik von den Gerichten als ungesetzlich erklärt wurde, weshalb es unbedingt notwendig sei, daß im Interesse eines jeden Staatsbürgers klar ausgeprochen werden müsse, daß der Generalstreik eine ungesetzliche Verschönerung gegen den Staat war und daß die Person oder Personengruppe, die solche veranlaßt hat, sich eines Verbrechen schuldig gemacht habe und haltbar gemacht werden müsse für den Schaden, der dadurch hervorgerufen worden ist.“ Das sind sehr trübe Aussichten. Es wird also der Beschluß der

Für den Familienstand ist der Stand am 31. Dezember 1926 maßgebend. Sind weniger als 4 M. Lohnsteuer insgesamt im Jahre 1926 entrichtet, so kann kein Anspruch auf Rückzahlung erhoben werden. In jedem Fall wird höchstens nur der im Jahre 1926 einbezahlte Lohnsteuerbetrag zurückerstattet.

Bei mehrmaligem Verdienstaussfall von kürzerer Dauer als einer Woche sind sechs volle Wochenanteile zu je acht Stunden einer vollen Woche gleichzusetzen. Als Beispiel führt das Reichsfinanzministerium an, daß drei Tage Streik in einem Monat, im anderen drei Tage Krankheit und noch später 12 Tage Streik zusammen gerechnet 18 Tage = 3 volle Wochen Verdienstaussfall anzu rechnen sind.

Für Kurzarbeiter sollten die vollen steuerfreien Wochenbeträge in Anrechnung gebracht werden, bevor überhaupt Lohnsteuer von Arbeitslohn abgezogen werden durfte. Der selbige Kurzarbeiter würde somit nur den über 24 M. hinaus erzielten Wochenverdienst versteuern müssen, bei den Verdienstraten mit einem Minus betrag der steuerfreie Lohnbetrag 28,80 M. wöchentlich usw. Da nun aber der Zeitraum, für den der einzelne Kurzarbeiter im Jahre 1926 Arbeitslohn bezogen hat, nicht in allen Fällen einwandfrei festgestellt werden kann, so bestimmt § 2 der Verordnung, daß in diesen Fällen Kaufbeträge nicht erstattet werden dürfen, sondern nur der Unterlichsbetrag zwischen der einbehaltenen Steuer und der Steuer, die sich ergibt aus dem steuerfreien Betrag zuzüglich eventueller Familienermäßigungen, gemäß § 70 Absatz 1, 2 zurückverlangt werden kann. Diese individuelle Berechnung findet auch für Heimarbeiter und Arbeiter Anwendung.

Wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse (siehe § 56 des Einkommensteuergesetzes) kann Rückerstattung der Lohnsteuer bis zur vollen Höhe nur beim Finanzamt beantragt werden, das unter Wahrung der Verbindlichkeit jeden einzelnen Fall zu prüfen hat.

Der Nachweis des Verdienstaussalles im Falle von Krankheit kann durch Bescheinigung der Krankeinstelle, im Falle der Erwerbslosigkeit durch die Erwerbslosenkontrollkarte oder eine Bescheinigung des Arbeitsnachweises bzw. des Vorkommens, aber auch durch eine solche des Berufsvorstandes (unserer Gewerkschaften) oder des Arbeitgebers vom Finanzamt anerkannt werden.

Wenn die Arbeitnehmer auch am 31. Dezember 1926 noch im Besitz des Finanzamtes der Betriebsstätte gewohnt haben, sind die Finanzämter ermächtigt, nach den Vereinbarungen mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern zuzulassen, daß an Stelle der Einzelanträge Sammelanträge durch den Arbeitgeber an das Finanzamt der Betriebsstätte eingereicht werden. Jeder Erstattungs-

